

Margarita López Maya

Zur Geschichte Venezuelas

Die kolonialen Provinzen, die heute die “Bolivarische Republik Venezuela” bilden, erklärten 1811 als erste in Amerika ihre Unabhängigkeit von Spanien. Trotz dieser kühnen Entscheidung waren sie lange Zeit weder in der Lage, den sozialen Frieden zu sichern, noch die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern bzw. eine stabile politische Ordnung zu gewährleisten. Nach den heroischen Taten Simón Bolívars in den Jahren des Unabhängigkeitskampfes von 1811 bis 1821 verlief die historische Entwicklung des Landes im 19. Jahrhundert eher unglücklich. Die ungerechten Strukturen in Landwirtschaft und Viehzucht blieben bestehen; Konflikte zwischen Ex-Generälen der Unabhängigkeitsbewegung, neuen regionalen Caudillos und Grundbesitzern bestimmten das innenpolitische Geschehen. Venezuela war eines der ärmsten Länder Lateinamerikas.

Im 20. Jahrhundert erfolgte ein vollständiger Wechsel. Als Ölland gewann Venezuela strategische Bedeutung im kapitalistischen Weltsystem. Mit dem “schwarzen Gold” avancierte es zu einem der reichsten Länder Amerikas, der rasante Modernisierungsprozess umfasste alle Bereiche der Gesellschaft. Ab 1958 konsolidierte sich eine präsidentielle Demokratie, die als eine der stabilsten auf dem Kontinent galt. Wie war es möglich, dass eine Gesellschaft, die bis ins 20. Jahrhundert von Diktatoren beherrscht wurde, eine solche politische Stabilität erreichen konnte? Ein Grund liegt sicherlich im Ölreichtum, ein anderer in den Modernisierungsprojekten, die von den Parteien umgesetzt wurden.

Ende des 20. Jahrhunderts, im Zuge einer neoliberalen Restrukturierung, geriet das bisherige Entwicklungskonzept in eine tiefe Krise. Seit Anfang des 21. Jahrhunderts findet im Land ein “revolutionärer” Prozess statt. Sein Ausgang ist offen, er wird indessen die weitere Entwicklung des Landes in den nächsten Dekaden bestimmen.

1. Historische Entwicklung bis Ende des 19. Jahrhunderts

1.1 Die Eroberung

Als Kolumbus im August 1498 auf dem heute als Venezuela bekannten Territorium landete, lebten auf den 916.445 km² indigene Gruppen verschiedener Sprachfamilien. Die spezifischen geographischen Zonen und Bedingungen beeinflussten die Entwicklung von Gemeinschaften mit unterschiedlichen ökonomischen, sozialen und politischen Organisationsformen. Im Osten und im Zentrum überwogen Gemeinschaften karibischen Ursprunges. Sie bauten Yucca, Kartoffeln und Pfeffer an und nutzen die natürlichen Reichtümer der Region zur Sicherung der Subsistenz. Im Andenraum und seiner Peripherie dominierten Gruppen der *timoto-cuica* und der *chibchas*. Es handelte sich um sesshafte Gemeinschaften, denen das natürliche Umfeld einen gewissen technischen und ökonomischen Entwicklungsstand ermöglichte. Sie kultivierten Mais, Kartoffeln, Gänse, Yucca, Kürbisse, Kakao, Baumwolle sowie Haus- und Hülsenfrüchte. Im gesamten Territorium lebten nomadische Gemeinschaften der Arawaken, die von den Kariben verdrängt worden waren. Im Nordwesten traf man u.a. *jirajaras* und *caquetios*. Sie hatten einen beträchtlichen Entwicklungsstand erreicht, lebten in Dörfern mit Kultstätten und betrieben Landwirtschaft. Die sozialen Organisationsformen reichten von kleinen Weilern mit zwei bis drei Familien bis zu miteinander verbundenen Dörfern bei den *caquetios* und den Kariben. Hinsichtlich der politischen Ordnung galt das Prinzip der Führerschaft, das auf militärischen und religiösen Kenntnissen basierte.

Im Rahmen seiner dritten Reise nach Amerika landete Kolumbus am 5. August 1498 im Osten Venezuelas auf der Halbinsel von Paria. Dort hatte er einen phantastischen Blick auf die Mündung des Orinoko, dem wichtigsten Fluss Venezuelas und einem der längsten des Kontinents. Er gewann folgenden Eindruck von den Bewohnern:

Sie sind von schöner Gestalt, hoch gewachsen und mit gutem Ausdruck, die Haare lang und glatt, tragen sie Tücher auf dem Kopf, die aus der Ferne wie Seide wirken [...]; alle tragen auf dem Rücken oder in den Armen etwas von den Früchten des Landes, am Hals haben sie Goldketten (Jurado Toro 1992: 89ff.).

Diese idyllische Sicht, der vermeintliche Reichtum an Gold und Perlen sowie seine schönen Menschen verwandelten das spätere Venezuela jahrzehntelang in einen Ort des Abenteuers und der Ausbeutung. Deutsche und spanische Firmen gelangten über Tausch, Raub und mit Gewalt in den Besitz von Edelmetallen und Menschen. Allerdings bot das Territorium nur in ge-

ringem Maße jenes Gold und die Edelmetalle, das die Untertanen des spanischen Imperiums suchten. Nachdem sie die Bevölkerung dezimiert und die vorhandenen Ressourcen aufgebraucht hatten, leiteten die Spanier um 1530 die ersten Schritte zur Gründung von Niederlassungen ein, die sich zunächst zum Obstanbau und für die Viehwirtschaft bildeten. Ausgehend von einer dieser Ansiedlungen, dem 1545 gegründeten "Tocuyo", erfolgten Expeditionen, die 1567 zur Gründung der Stadt Caracas führten. Aufgrund seiner bevorzugten geographischen Lage, seiner Nähe zum Meer und seines natürlichen Hafens wurde Caracas bald zur Hauptstadt der Provinz Venezuela.

1.2 Die Kolonisierung

Das heutige Venezuela war vom 15. bis zum 17. Jahrhundert keine wichtige Kolonie Spaniens. Es handelte sich um ein Grenzgebiet, ähnlich wie Argentinien und Chile. Das merkantile System war an Gold, Silber oder aber an einer umfangreichen Bevölkerung interessiert – mit dem Ziel, sie zu versklaven. Da diese Voraussetzungen nicht gegeben waren, kam auch die Ansiedlung von Europäern nur schleppend in Gang. Die indigenen Gemeinschaften, die von den Europäern in den ersten Jahrzehnten der Eroberung auf grausame Weise ausgebeutet wurden, leisteten hartnäckigen Widerstand. Er hatte Auswirkungen auf die Merkmale dieser Kulturen und ihre Lebensweise. Im Unterschied zu anderen amerikanischen Kulturen mit einem höheren Entwicklungsstand und einer stärkeren Zentralisierung der politischen Macht konnten die Kariben und Arawaken nicht leicht unterworfen werden. Deshalb führten die indigenen Gemeinschaften, nachdem die erste Phase der Kolonisation vorüber war, außer in den Anden und einigen Stellen des Zentralgebietes eine Art Guerillakampf. Sie griffen die europäischen Niederlassungen und die wenigen Verkehrsrouten des Landes an.

Um 1545 begann die europäische Siedlungstätigkeit, die zunächst von den karibischen Inseln ausging. Diese Etappe setzte sich bis in die 1820er Jahre fort, als der lange und verlustreiche Kampf für die Unabhängigkeit von Spanien Resultate zeigte. 1824 wurden die sieben Provinzen des sogenannten Generalkapitanats von Venezuela Teil der neu gegründeten Großkolumbischen Republik. 1830 beschlossen die herrschenden Kreise in Venezuela ihre Abspaltung von der Republik. Dadurch entstand Venezuela, das mit wechselnden Namen bis heute fortbesteht.

Unter der spanischen Kolonialherrschaft stieg die Ansiedlung von Europäern langsam und führte zur Herausbildung einer einzigartigen Gesellschaft. Bis ins 18. Jahrhundert war das ökonomische Wachstum in den Pro-

vinzen gering und deshalb ohne Bedeutung für das merkantile Weltsystem. Vorherrschend war eine Subsistenzwirtschaft, kombiniert mit einigen auf den Export ausgerichteten Produkten. Gehandelt wurde mit Vieh, Häuten, Indigo, Tabak und – vor allem gegen Ende der Kolonialzeit – mit Kakao. In dem Maße, wie Kakao an Bedeutung auf den europäischen Märkten gewann, stiegen die Preise. Dies führte in Venezuela im 18. Jahrhundert zur Konsolidierung einer hierarchischen Gesellschaft, an deren Spitze die *grandes cacaos* standen, d.h. die Nachfahren der Familien der Stadtgründer und Besitzer der Kakao-Haziendas.

Mit dem Kakao-Handel nahm auch die Nachfrage nach Sklaven zu. Die Forschung geht davon aus, dass sie aus dem heutigen Angola, Dahomey, Zaire, Guinea, Mali, der Elfenbeinküste, dem Sudan, aus Sierra Leone und Togo kamen. Sie wurden in den landwirtschaftlichen Exportregionen angesiedelt, d.h. in Caracas, den Staaten Miranda, Aragua, Carabobo, Guárico, Lara, der Insel Margarita, Falcón, Portuguesa, Cojedes, Yaracuy, Sucre und Mérida. Die durch die Kolonialherrschaft entstandene Gesellschaft verdankte den indigenen und afrikanischen Kulturen sowie der spanischen Kultur viel. Agrarprodukte wie Indigo, Tabak, Mais, Yucca, Kakao sowie die Art und Weise ihres Anbaus, die Kenntnisse der Böden und der Agrarzyklen gehen auf diese Kulturen zurück. Die Zugtiere – die allerdings in Venezuela keine große Verbreitung fanden – sowie die Arbeitsorganisation sind auf das absolutistische und merkantilistische System Spaniens zurückzuführen.

Allerdings blieben die kolonialen Provinzen des späteren Venezuela ein kaum integriertes Territorium mit schlechten Verkehrsverbindungen und einer ländlichen Bevölkerung. Caracas war eine Hauptstadt mit wenigen Bewohnern. Alexander von Humboldt, der sie im Jahr 1800 besuchte, ging von 40.000 Einwohnern aus. In den Hinterhöfen der Häuser waren Hühnerställe, Schweine und Obstgärten, es gab Pflanzungen für Grünzeug und Nahrungsmittel für den täglichen Gebrauch. Bis Ende des 18. Jahrhunderts fand sich nur ein bescheidener Luxus, erst mit dem Kakaohandel begann der Import von Luxusgütern wie Tafelgeschirr, Stoffen, Wein und Kristall.

Die in der Kolonialzeit entstandene Wirtschaftsform überdauerte auch die Unabhängigkeitsbewegung und die Gründung der Republik, das Agrarexportmodell blieb bis Anfang des 20. Jahrhunderts bestehen. Die vormaligen kolonialen Provinzen brachen die Beziehungen zu Spanien zwar ab, sie blieben aber Teil des merkantilistischen Weltsystems, nur dass der Handelsaustausch jetzt vor allem mit England, Frankreich und Deutschland erfolgte.

Bis weit ins 20. Jahrhundert war die venezolanische Ökonomie durch drei Produktionseinheiten charakterisiert:

Die *Hazienda*: Es handelt sich um exportorientierten Großgrundbesitz. Die Haziendas waren vor allem im Zentrum und Norden verbreitet. Sie bestanden aus den großen Anpflanzungen und den kleinen Parzellen für die Selbstversorgung (*conucos*). Die Kakao- und Kaffeesträucher mussten von Sklaven und Tagelöhnern kultiviert werden. In den Bereichen, die nicht für den Export produzierten, entstanden die vor allem von Indianern bewirtschafteten Kleinparzellen, die der Grundbesitzer den Bauernfamilien und/ oder den Sklaven gab, damit sie die für den Lebensunterhalt notwendigen Dinge anbauten. Dazu gehörten Bohnen, Mais, Knollenfrüchte und Gewürze. Diese Organisationsform gewährleistete die Rentabilität der Hazienda, denn die Tagelöhner wurden sehr schlecht bezahlt und die Sklaven gar nicht. Durch die Vergabe von Parzellen stellte der Besitzer die kostenlose Fortpflanzung der Männer und Frauen unter seiner Herrschaft sicher. In Venezuela gab es immer viel Land, wenig Menschen und erhebliche Schwierigkeiten beim Handelsaustausch. Insofern war die Organisation der Hazienda ein Beitrag zur Lösung dieses Problems.

Das *Landgut (hato)*: Es entwickelte sich vor allem im Landesinneren, in der Region der weiten Ebenen, den *llanos*. Dort wurde extensive Viehzucht betrieben, die Ländereien waren ausgedehnt, die Bevölkerung spärlich. Es gab nur wenig Arbeit auf den hauptsächlich von Männern bewirtschafteten Landgütern, ein Familienleben existierte praktisch nicht. Die *llaneros* waren freiere Menschen als die *peones*, was an der Form ihrer Tätigkeit lag, die einen harten und nomadischen Lebensstil erforderte. Gleichzeitig war der Viehreichtum erheblich. Beides, der Menschenschlag und die Prosperität der Region, spielten bei der Unabhängigkeitsbewegung eine Rolle. Solange der *llanero* zur spanischen Krone hielt, war ein Triumph der Patrioten nicht möglich, erst die Unterstützung der *llaneros* für die Kreolen, das heißt die in Amerika geborenen Abkömmlinge der Spanier, brachte die Wende. Simón Bolívar schloss 1818 einen Pakt mit dem Anführer der *llaneros*, José Antonio Páez, was den Sieg über die Spanier ermöglichte. In Venezuela wird der *llanero* mit Eigenschaften wie Tapferkeit, Verwegenheit und Widerständigkeit in Verbindung gebracht.

Familienproduktion: Die bäuerliche Familienwirtschaft bestand vor allem in den Anden und im Osten. Es war eine Subsistenzproduktion, der Überschuss wurde auf dem Markt verkauft. Die Familienwirtschaft wurde weitgehend

von den indigenen Gemeinschaften getragen; diese Art der Produktion sah verschiedene Formen der gegenseitigen Hilfe und Gemeinschaftseigentum vor, z.B. *mano vuelta* und *cayapa*.

In politischer Hinsicht war das Territorium in zahlreiche Provinzen mit geringer Verbindung untereinander gegliedert. Es waren Gebiete, die von aus Spanien stammenden Verwaltern regiert wurden, die alle Bereiche des sozialen Lebens kontrollieren und möglichst viel aus dem Land herausholen wollten. Im Zuge der größeren Nachfrage nach Kakao versuchte Spanien, seine Herrschaft über die Region zu festigen, was zu einer stärkeren Integration führte. Mit dem Ziel der Zentralisierung der Verwaltung wurde 1776 eine Intendanz in Caracas eingeführt, 1777 ein Generalkapitanat – ebenfalls mit Sitz in der Hauptstadt. In den 1780er Jahren konstituierten sich in Caracas eine Audienz und ein Konsulat. Der wachsende Wohlstand in den venezolanischen Provinzen führte ab Mitte des 18. Jahrhunderts zu Spannungen zwischen Spaniern und Kreolen. Sie sollten Anfang des 19. Jahrhunderts zu den Unabhängigkeitskriegen führen.

1.3 Die postkoloniale Phase

Die Unabhängigkeitskriege waren lang und grausam. Dabei überlagerten sich verschiedene Konflikte. Neben der Frage der Kontrolle über den Außenhandel, wovon vor allem die weißen Besitzer und Händler betroffen waren, traten noch andere Konflikte auf. Die kolonialen Gesellschaften basierten auf Sklaverei und *peonaje* (Schuldknechtschaft), Segregation und sozialen, rassistischen und kulturellen Vorurteilen. Diese Konflikte wurden während des Krieges sichtbar und trugen dazu bei, dass die Kämpfe länger dauerten und verlustreicher ausfielen als in anderen Regionen des spanischen Imperiums. Von den oberen Schichten und den *mantuanos* (Adeligen), die zu der von Bolívar angeführten Unabhängigkeitsbewegung gehörten, wurden diverse Versuche unternommen, die Interessen der unteren Schichten mit denen der kreolischen Weißen zu harmonisieren. Es erfolgten Versprechungen, die Sklaven zu befreien, die konfiszierten Ländereien zu verteilen und Freiheitsrechte zu gewährleisten. Nach dem Unabhängigkeitskampf und einem erheblichen Rückgang der Bevölkerung, was auch für die oberen Schichten galt, begann der Aufbau einer venezolanischen Nation.

Das postkoloniale Venezuela behielt zunächst die ökonomischen und sozialen Strukturen der Kolonialzeit. Am Ende des langen Krieges stand eine verarmte und obendrein gegenüber England stark verschuldete Gesellschaft.

Ungelöst blieben die sozialen Probleme. Erst 1857 wurde die Sklaverei abgeschafft, das Tagelöhnertum hatte dagegen Bestand und die Campesinos lebten unter ärmlichen Lebensbedingungen, viele blieben durch Schuldknechtschaft an die Haziendas gebunden. An die Stelle des Kakaos trat der Kaffee, der weniger kostete und weniger Arbeitskräfte erforderte. Mit dem Kaffee dehnte sich die Landwirtschaft aus, besonders der Andenraum erlebte Ende des 19. Jahrhunderts eine Phase des Wohlstandes. Allerdings veränderten sich die Produktionsformen kaum; der Verlust der Verbindungen mit Spanien und die Zerstörung des kolonialen Verwaltungsapparates führten zu einem Konflikt über die Frage, wer mit welcher Legitimation und mit welchem Ziel die Geschicke des Landes lenken sollte.

So blieb das 19. Jahrhundert durch große politische Instabilität gekennzeichnet. Aus dem Unabhängigkeitskampf gingen regionale Caudillos hervor, die den Staat kontrollieren wollten. Die besitzenden Schichten und die bürokratische Elite, die den Außenhandel in der Hand hatten, sahen sich sowohl ökonomisch als auch numerisch gegenüber einer neu entstandenen Militärkaste geschwächt. Die Stärke der Caudillos basierte auf ihrem militärischen Prestige und persönlichen Loyalitäten. Sie besaßen eine gewisse Legitimität und konnten so die soziale Ordnung in ihrem Umfeld aufrechterhalten. Die Gutsbesitzer, die Bürokratie und die Handelshäuser konnten weder die unbotmäßigen Campesinos noch die Caudillos und deren Truppen kontrollieren. Deshalb stritten die Oligarchie und die Caudillos beständig um die Macht. Bei den unteren Bevölkerungsschichten hielt die Unzufriedenheit an, da keine der Versprechungen des Krieges eingelöst wurde. Dies war der Hintergrund für Erhebungen, rebellische Reitertrupps, Diktatoren, zahlreiche Regierungswechsel und schließlich für den Föderationskrieg (*Guerra Federal*) zwischen 1854 und 1864. Durch die Instabilität verschärften sich die Schwierigkeiten des auf dem Export von Agrarprodukten basierenden Entwicklungskonzepts, das ungeeignet erschien, um eine dynamische, selbsttragende ökonomische Entwicklung einzuleiten. Jedes Mal, wenn die Weltmarktpreise für Kaffee oder Kakao fielen, geriet die Wirtschaft in eine Krise.

Nur langsam bildeten sich eine neue administrative Struktur und ein nationales Projekt heraus. Mit dem Ende des Föderationskrieges, den das Lager der "Föderation" gewonnen hatte, begann paradoxerweise ein Prozess der Zentralisierung des Staates. Ende des 19. Jahrhunderts wurden die Tendenzen zur ökonomischen und nationalen Integration stärker. Dies kam im politischen Projekt von General Antonio Guzmán Blanco zum Ausdruck, der

18 Jahre regierte. Er erwies sich als der talentierteste und geschickteste der Caudillos. Guzmán Blanco führte eine Reihe von Reformen zur administrativen und politischen Zentralisierung des Staates durch. Er gewährte den Gouverneuren lukrative Konzessionen und Monopole, um so die regionalen Caudillos für die Zentralregierung zu gewinnen. Mit einer Verfassungsreform änderte er die indirekten Wahlen dergestalt, dass die Gouverneure im Föderationsrat den Präsidenten wählen durften, reduzierte die Zahl der Bundesstaaten von 20 auf neun und verkürzte die Amtszeit des Präsidenten von vier auf zwei Jahre. Guzmán Blanco beschnitt die ohnehin geringe Macht der Kirche, dekretierte die Zivilehe und die obligatorische Volksschulbildung. Er investierte in Straßen, ließ die ersten nationalen Volkszählungen durchführen und verschönerte Caracas – insofern leistete der Alleinherrscher einen Beitrag, um Venezuela zu einem moderneren Staat zu machen. Nach ihm begann eine Periode politischer Instabilität, die schließlich am Ende des Jahrhunderts zum Aufstieg einer neuen Elite führte, die aus einer der ärmsten und am meisten vernachlässigten Regionen des Landes kamen. Im Jahr 1899 zogen der General Cipriano Castro und sein Heer aus dem Staat Táchira in Caracas ein.

2. Die kapitalistische Modernisierung

In der venezolanischen Geschichtsschreibung werden die Präsidenten, die von 1899 bis 1945 herrschten, als “Andinos” bezeichnet. Sie regierten das Land in der Phase seiner größten Transformation. Als General Castro mit seinem Heer in Caracas einzog, war die Hauptstadt noch klein und das Zentrum eine der ärmsten Regionen Lateinamerikas. Der nun einsetzende Wechsel war das Ergebnis der Entdeckung des Petroleums, das auch als das “schwarze Gold” bezeichnet wird.

2.1 Das Öl ermöglicht eine neue Integration in das Weltsystem

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts gab es im Zuge der zweiten industriellen Revolution starke Veränderungen und es entstanden neue ökonomische Zentren wie die USA, Deutschland und Japan. Die schnelle Entwicklung dieser Länder stellte die britische Hegemonie infrage, die nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA abgelöst wurde. In diesem Kampf um die Hegemonie war eine der wichtigsten Innovationen die Ablösung der Kohle durch das Öl. Der Aufschwung und Vorsprung der USA resultierten nicht zuletzt aus der Verfügungsmacht über das Öl. Es gewann strategische Bedeutung und die

europäischen Mächte und die USA trachteten danach, die Kontrolle über jene Regionen zu gewinnen, in denen dieser Rohstoff aufzufinden war.

In diesem Kontext veränderte sich die venezolanische Gesellschaft. Die chronischen finanziellen Probleme gehörten der Vergangenheit an, nachdem man das strategische Produkt Erdöl entdeckt hatte. Ab Ende des 19. Jahrhunderts gelangten Erdölfirmen ins Land. Der Durchbruch erfolgte 1922, als bei den Explorationen der Royal Dutch Shell in Cabimas im Staat Zulia das Bohrloch "Barroso 2" aufschoss. Neun Tage lang erreichte der Ölstrahl eine Höhe von fast 20 Stockwerken und ein Volumen von rund 100.000 Barrels täglich. Sechs Jahre später war Venezuela der größte Ölexporteur der Welt und der zweitgrößte Produzent nach den USA. Die Position als wichtigster Ölexporteur konnte es bis in die Nachkriegszeit halten.

Venezuela integrierte sich in das Weltsystem über die Produktion und Kommerzialisierung des Petroleums. Dies implizierte Investitionen, neue Technologie, eine komplexe Organisation und Facharbeiter, was zu einer Transformation des Staates führte. An die Stelle der Beziehung Eigentümer-peones (Tagelöhner) trat die Beziehung von Kapital und Arbeit. Die Landwirtschaft, die drei Jahrhunderte im Zentrum der Wirtschaft stand, verlor nach der Großen Depression von 1929-1932 an Bedeutung. Die Haciendas verloren an Einfluss gegenüber den Banken.

Die Gesellschaft durchlief einen rasanten Veränderungsprozess, der sich bis nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs fortsetzte. Die Lohnarbeit breitete sich in Ansiedlungen und Städten aus und es begann eine interne Migration vom Land zu den neuen dynamischen Zentren. In weniger als 30 Jahren kehrte sich die Land-Stadt-Beziehung um, ein in der lateinamerikanischen Geschichte einmaliger Vorgang. Nach dem Zensus von 1936 wohnten 35% der Venezolaner in Ortschaften mit 1.000 oder mehr Einwohnern, während 65% auf dem Land lebten. 1961 war das Verhältnis 67% in der Stadt und 33% auf dem Land. Im Jahr 2001 leben ca. 22 Mio. Venezolaner in den Städten, das heißt 88% der Gesamtbevölkerung. Diese starke Urbanisierung war das Ergebnis interner und von außen kommender Migrationen, die vor allem nach Zulia und anderen Regionen führten, die von der Ölrente profitierten: Dies waren und sind Caracas, Maracaibo und einige Städte im Zentrum wie Maracay, Valencia und Barquisimeto.

Die demografische Entwicklung verlief rasant. Zwischen 1920 und 1950 verdoppelte sich die Bevölkerung. Die Lebenserwartung stieg, gleichzeitig hatte Venezuela die Geburtenrate einer ländlichen Gesellschaft. Ab 1950 hing der Bevölkerungszuwachs vor allem mit der Immigration aus Europa

und Lateinamerika zusammen. 1936 besaß Venezuela noch 3,3 Mio. Einwohner, 65 Jahre später hatte sich die Bevölkerung versiebenfacht und erreichte 2001 rund 25 Mio. Einwohner.

Die neue ökonomische Dynamik führte zu einer Steigerung der Importe, aber auch der Korruption, der staatlichen Kredite und der Spekulation. Es etablierte sich eine Handelsbourgeoisie, die enge Beziehungen sowohl zum Staat als auch zu den multinationalen Firmen unterhielt. Die Bauern wurden zu Arbeitern, Hausangestellten und Bewohnern von Armutsvierteln, gleichzeitig wuchsen aber auch die Mittelschichten.

Der Staat überwand die finanzielle Schwäche und die Abhängigkeit von internen Gruppen. Auch wenn die institutionellen Veränderungen unter Cipriano Castro (1899-1907) und Juan Vicente Gómez (1907-1935) gering waren, so setzten sie doch die unter Guzmán Blanco begonnene Tendenz zur Zentralisierung fort. Die Streitkräfte wurden ausgebaut, um die regionalen Kräfte zu schwächen, die die politische Stabilität und das ökonomische Leben infrage stellten. In den Jahren der Gómez-Diktatur gingen 45% des Staatshaushalts an das Innenministerium sowie das Kriegs- und Marineministerium. Nachdem der Konflikt mit den regionalen Caudillos beendet war, konnte der Staat seine Aufgaben auch auf andere Bereiche des sozialen Lebens ausdehnen, wobei er auch die entsprechenden Voraussetzungen für die Präsenz der transnationalen Ölgesellschaften im Lande zu schaffen suchte.

Seit der Gómez-Herrschaft baute der Staat seine zunächst schwache Position zunehmend aus und vergrößerte seinen Verhandlungsspielraum gegenüber den Ölgesellschaften. 1943, das heißt unter der Regierung von General Isaiás Medina Angarita (1941-1945), wurde die *Ley de Hidrocarburos* verabschiedet, womit die Souveränität des venezolanischen Staates von einigen der Ölgesellschaften anerkannt und die Möglichkeiten für Verhandlungen verbessert wurden. 1975/76 erfolgte unter Präsident Carlos Andrés Pérez die Verstaatlichung der Öl- und Eisenerzindustrien. Damit avancierte der Staat zum wichtigsten Unternehmer und Arbeitgeber. Anfang der 1980er Jahre beschäftigte er ein Viertel der Erwerbstätigen.

In den 1920er Jahren nahmen die politischen Mobilisierungen und Auseinandersetzungen in den Städten zu. Im Februar 1928 fand in der Zentraluniversität von Caracas (UCV) eine "Woche des Studenten" statt, veranstaltet von der gerade ins Leben gerufenen "Föderation der Studenten Venezuelas". Unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Karnevalsfeier organisierten die Studenten eine neue Formt des Protests gegen die Diktatur. Die überraschte Regierung setzte die Studenten fest, was zu weiteren Protes-

ten und zu einem gescheiterten militärisch-zivilen Umsturzversuch führte. Einige der Studentenfürher, darunter der spätere AD (*Acción Democrática*)-Gründer Rómulo Betancourt, gingen ins Exil, sie konnten erst nach dem Tod des Diktators Gómez 1935 zurückkehren. Damals gingen Teile der Bevölkerung erstmals auf die Straße. Der Historiker Ramón J. Velásquez schreibt:

Das Volk beginnt auf die Strasse zu gehen, sie beginnen zu reden, in den Dörfern des Landesinneren nehmen die Massen die Justiz in die eigenen Hände, die Plätze, die Straßen füllen sich mit Protestrufen, mit Fahnen und Spruchbändern, an einigen Stellen werden die Gómez-Anhänger verfolgt und zur Verantwortung gezogen, an anderen werden ihre Häuser geplündert und ihre Haciendas zerstört (Velásquez 1979: 38).

Diese Proteste bildeten den Ausgangspunkt für die Gründung sozialer Organisationen und politischer Parteien und damit die Grundlage für den Aufbau der Demokratie ab 1958. Aber die Zeit zwischen 1935 und 1958 war eine Phase des Übergangs mit Fortschritten und Rückschlägen, die von moderaten Diktaturen wie denen von General Eleazar López Contreras (1935-1941) und von Isaiás Medina Angarita (1941-1945) bis zur Diktatur von Marcos Pérez Jiménez (zwischen 1952 und 1958) reichten.

2.2 1945-1948: Das Trienio adeco

Von 1945 bis 1948 übernahm die AD erstmals die Regierung. Dies erfolgte über einen militärischen Staatsstreich, der von mittleren Offiziersgruppen mit ziviler Unterstützung durchgeführt wurde. Die "Revolutionäre Regierungsjunta", die sich am 19. Oktober 1945 unter der Führung von Rómulo Betancourt konstituierte, markierte den Beginn der Ablösung der alten Eliten aus den Anden und ihrer Verbündeten durch neue urbane Eliten, die aus den Generationen hervorgingen, die unter den Transformationen der Ölökonomie entstanden waren.

In den drei Jahren dieser Phase ergab sich eine rasante Transformation des Staates als Folge der Anstrengungen der gerade an die Macht gekommenen Regierung, eine neue demokratische Institutionalität aufzubauen. Das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht für alle Venezolaner ab 18 Jahren wurde eingeführt; es folgten drei Wahlgänge, die die Verabschiedung einer neuen Verfassung mit demokratischen Zügen und die Partizipation der Bevölkerung erlaubten. Es waren Jahre der intensiven Mobilisierung der venezolanischen Gesellschaft und der Organisation von Arbeiter- und Bauerngewerkschaften. 1947 wurde erstmals ein Präsident direkt vom Volk gewählt. Der Schriftsteller Rómulo Gallegos, Mitglied der AD und Autor des

bekannten Romans *Doña Barbara*, erzielte das höchste Ergebnis in der Wahlgeschichte des Landes (74%). Neun Monate später wurde er von den Militärs gestürzt, an deren Spitze der eigene Verteidigungsminister stand. Die zivil-militärische Allianz, die die Herrschaft der "Andinos" beendet hatte, war auseinandergebrochen. In den folgenden zehn Jahren gab es verschiedene autoritäre Regimeformen – bis zur offenen Diktatur unter Marcos Pérez Jiménez von 1954 bis 1958. Trotz dieser politischen Rückschritte hielten die Militärs an einigen der Grundzüge der Industrialisierung fest, die im *Trienio* entworfen worden waren.

2.3 Der venezolanische Nationalismus im 20. Jahrhundert

In diesen Jahren der Transition entstand ein nationales Bewusstsein, das sich aus der Identifikation der Venezolaner mit dem Ölreichtum und dem Staat als Administrator dieses Reichtums ergab. Ausgehend von staatlichen Sektoren bildete sich ein Nationalismus heraus, der von der Partizipation aller am Ölreichtum und der Verteidigung der venezolanischen Interessen gegenüber den transnationalen Firmen ausging. Die Bürger identifizierten sich mit der Position des Staates zur Erhöhung des nationalen Anteils an der Ölrente. Eine weitere Bastion des Nationalismus stellen die Streitkräfte dar. Sie entwickelten sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts zu einem staatstreuen und institutionellen Akteur, der sich vom personalistischen Caudillismus des 19. Jahrhunderts entfernte und die demokratische Souveränität verteidigt. Seit dem Tod von Gómez 1935 gab es nur wenige Momente, in denen sich die Streitkräfte von dieser Haltung entfernten, wie etwa beim Staatsstreich gegen Gallegos 1948.

3. Industrialisierung durch Importsubstitution

Mit der Ölindustrie begann seit den 1920er Jahren eine Ausdehnung des Binnenmarktes sowie der Aktivitäten von Manufaktur und Industrie im Lande. Allerdings lag bis zum Zweiten Weltkrieg von Seiten der politischen und ökonomischen Eliten kein Projekt zur nationalen Industrialisierung vor. Zunächst trug die Dynamik des Öls zur Schaffung einer Handelsbourgeoisie bei, die eng mit den transnationalen Ölfirmen und dem internationalen Handel verbunden war und nur wenig mit internen wirtschaftlichen Aktivitäten zu tun hatte. Mit dem Zweiten Weltkrieg entstanden die Bedingungen für eine vom Staat geförderte und regulierte Industrialisierung: Venezuela verfügte als großer Ölexporteur über eine positive Handelsbilanz. Diese Devi-

sen konnten aber nicht genutzt werden, da der internationale Markt für Konsumgüter eingeschränkt war. Aufgrund der Erfahrungen von mangelnder Versorgung von außen entstand ein Bewusstsein für die Verletzlichkeit der eigenen Gesellschaft, deshalb begannen der Staat und ein Teil der Bourgeoisie die Grundlagen für ein Industrialisierungsprojekt zu entwerfen.

In den Jahren des *Trienio* kam dieses Vorhaben im politischen Programm der AD zum Ausdruck, wonach der Staat Orientierungspunkte setzen sollte, um die Industrialisierung zu fördern. Rómulo Betancourt, Präsident der Revolutionären Regierungsjunta, schrieb in seinem Buch *Venezuela. Política y Petroleo*:

Venezuela muss sich anstrengen, um möglichst viel von dem, was wir konsumieren, und zwar sowohl von den Agrar- als auch den Konsumgütern, selbst herzustellen [...]. Wir sind Steuerpflichtige der ausländischen Manufaktur mit allem, was dies an Kapitalabwanderung und mangelnder Festigung eines entsprechenden Bewusstseins im Land bedeutet. Aber wir besitzen den Vorteil, dass uns die Ölrente Möglichkeiten eröffnete, um einen Industrialisierungsprozess zu beschleunigen, der in anderen unterentwickelten Ländern ohne diese zusätzliche Einnahmequelle langsamer und schwieriger ausfällt (Betancourt 1967: 380).

1945 wurde die *Corporación Venezolana de Fomento* (CVF) gegründet, die die finanziellen Ressourcen zugunsten der Industrialisierung kanalisieren sollte, und zwar unabhängig von den jeweils im Lande bestehenden Regimen. In den Vorstellungen zur Wirtschaftspolitik des *Trienio* finden sich bereits jene Schritte zur Industrialisierung, die ab den 1950er Jahren von der Lateinamerikanischen Wirtschaftskommission CEPAL für ganz Lateinamerika entwickelt wurden. Es handelte sich um eine Industrialisierung in Etappen, die zunächst von Basisindustrien wie Elektrizität und von Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität ausging, d.h. Ernährung, Kleidung, Versorgung und Wohnung. In einer zweiten Phase kamen komplementäre Industrien dazu, in einer dritten Phase mittlere Industrien und schließlich in einer vierten Phase der Aufbau einer Schwerindustrie. Der Staatsstreich von 1948, der den demokratisch gewählten Gallegos absetzte und eine Militärregierung installierte, änderte wenig an diesem ökonomischen Entwicklungsmodell, das von der AD nach 1959 erneut aufgenommen wurde.

Mit der Rückkehr zur Demokratie 1958 wurden die nationalen Entwicklungspläne aufgelegt. Der Erste und Zweite Entwicklungsplan der Regierungen von Rómulo Betancourt (1959-1964) und Raúl Leoni (1964-1969), beide AD, waren dem Gedanken der Importsubstitution durch öffentliche Planung verpflichtet. 1960 wurde *Cordiplan* als staatliche Planungsbehörde

geschaffen. In der Verfassung von 1961 wurden die wichtigsten Merkmale der Staatsintervention in die Wirtschaft und die Möglichkeit einer Kontrolle der Basisindustrien festgehalten:

Artikel 97: Monopole sind nicht erlaubt. Im Einklang mit dem Gesetz dürfen Konzessionen mit Ausschließlichkeitscharakter und zeitlich befristet nur für die Einrichtung und die Nutzung von Werken und Dienstleistungen von öffentlichem Interesse vergeben werden.

Der Staat kann sich bestimmte Industrien, die Ausbeutung von Rohstoffvorkommen oder Dienstleistungen von öffentlichem Interesse aus Gründen nationalen Nutzens vorbehalten und bemüht sich um den Aufbau und die Entwicklung einer Grundlagen-Schwerindustrie unter seiner Kontrolle. Die vom Staat geförderten und geleiteten Industrien werden durch das Gesetz geregelt.

Der Industrialisierungsprozess erwies sich als außerordentlich schwach und mangelhaft, denn die leichten Gewinne aus der Ölrente wurden in eine industrielle Aktivität voller protektionistischer Maßnahmen und weicher Kredite von staatlicher Seite eingebracht, die nicht die Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz förderten. Im Gegenteil, der industrielle Sektor hing in starkem Maße von ausländischem Kapital und importierten Technologien ab. Aufgrund dieser Schwächen konnte er sich nicht aus der Abhängigkeit befreien und blieb von den protektionistischen Maßnahmen des Staates abhängig. Die Unfähigkeit dieses Entwicklungskonzepts, eine selbsttragende Entwicklung einzuleiten, führte zur ökonomischen Krise und Auslandsverschuldung, die das Land seit den 1980er Jahren treffen sollte.

4. Die Demokratie von “Punto Fijo”

Obwohl eine breite Allianz aus Zivilisten und Militärs den Diktator Marcos Pérez Jiménez am 23. Januar 1958 zur Flucht ins Ausland zwang, war die Demokratie noch weit davon entfernt, konsolidiert zu sein. Um dies zu erreichen, waren zwei Faktoren notwendig, die teilweise ineinandergriffen. Zum einen galt es, ein dichtes Netz von Allianzen und Kompromissen zwischen verschiedenen politischen und sozialen Akteuren zu knüpfen. Die AD unter Führung von Betancourt war der wichtigste Urheber der Pakte, die das venezolanische politische System formten und stabilisierten. Einige dieser Abkommen waren quasi öffentlich, wie der “Pakt von Punto Fijo” vom Oktober 1958. Mit diesem Pakt verpflichteten sich die AD, die christlich-soziale Copei und die *Unión Republicana Democrática* (URD), die Resultate der Wahlen von 1958 anzuerkennen und den gewählten Präsidenten zu unterstützen. Der Pakt wurde im “Punto Fijo” benannten Haus des Politikers Rafael Caldera unterzeichnet. Ausgeschlossen blieb die Kommunistische Partei (*Parti-*

do Comunista Venezolano, PCV), deren Mitglieder eine wichtige Rolle beim Sturz des Diktators gespielt hatten. Dieser Ausschluss führte zum Übergang des PCV in den bewaffneten Kampf.

Im gemeinsamen Minimalprogramm, das ebenfalls 1958 unterzeichnet wurde, verständigten sich die Parteien des "Paktes von Punto Fijo" auf ökonomische, soziale und politische Prinzipien, nach denen die Gesellschaft aufgebaut sein sollte. Die Verfassung von 1961 war Resultat des politischen Konsenses zwischen den verschiedenen Akteuren. Andere Abkommen beteiligten die Unternehmervereinigung *Fedecámaras*, den Gewerkschaftsdachverband CTV (*Confederación de Trabajadores de Venezuela*), die katholische Kirche und mit den Streitkräften die am schwersten mit der Demokratie zu versöhnende Organisation. Dem Militär wurden wichtige soziale Vergünstigungen und organisatorische Autonomie eingeräumt, um ihre Zustimmung zu den demokratischen Institutionen zu gewinnen.

Neben diesen Abkommen trug auch der Ölreichtum des venezolanischen Staates zur institutionellen Stabilität bei. Der Staat verfügte über Ressourcen, um zwischen verschiedenen Sektoren zu vermitteln und dadurch die sozialen und politischen Spannungen zu reduzieren. Er übernahm viele soziale Programme, die in anderen Ländern von den Unternehmern und dem Bürgertum getragen werden. Der Staat förderte private religiöse Bildungseinrichtungen, um die katholische Kirche einzubinden, die in der Vergangenheit autoritäre Regime unterstützt hatte. Aber was zunächst ein Vorzug der venezolanischen Demokratie war, wurde mit der Zeit zu einem ihrer größten Nachteile: Einflussnahme, Klientelismus und Korruption breiteten sich immer mehr aus. Die "Petrodollars" wurden zu einer Versuchung, der diejenigen verfielen, die die Macht ausübten oder auch nur in ihre Nähe gelangten.

In den 1960er Jahren wurde die Demokratie von rechts und links bekämpft. Präsident Betancourt sah sich sowohl durch Insurrektionen rechter Militärs als auch durch eine Guerillabewegung herausgefordert. Unter dem Einfluss der Kubanischen Revolution 1959 spaltete sich ein Teil der Parteijugend von der AD ab und gründete die "Bewegung der Revolutionären Linken" (*Movimiento Izquierda Revolucionaria*, MIR), die gemeinsam mit der PCV den Guerillakampf aufnahm. Die Ablehnung des bewaffneten Kampfes durch die Venezolaner wurde 1963 offensichtlich, als MIR und PCV zum Wahlboykott aufriefen, aber die Bevölkerung massiv zu den Urnen strömte. Nur 9% der Wähler nahmen nicht am Wahlgang teil. Bis in die 1970er Jahre gab es eine starke Wahlbeteiligung. Ende der 1960er Jahre ermöglichte der christlich-soziale Präsident Rafael Caldera (1969-1974) mit

seiner "Politik der Pazifizierung", das heißt einer Amnestie für die Guerilleros, die Rückkehr der MIR- und PCV-Mitglieder in das legale politische Leben. Die Pazifizierung verdeutlichte die Stabilität des demokratischen Systems. Seitdem stiegen mehrere Ex-Guerilleros wieder in das politische System ein, wurden in öffentliche Ämter gewählt oder amtierten sogar als Minister.

Von 1959 bis zum Ende des Jahrhunderts hatte Venezuela neun gewählte Präsidenten, den 1998 gewählten Präsidenten Hugo Chávez Frías mit eingeschlossen. Zwei von ihnen, Carlos Andrés Pérez und Rafael Caldera, waren zweimal Präsident. 1975, unter der ersten Präsidentschaft von Pérez, nationalisierte der venezolanische Staat die Ölindustrie. Es schien so, als würde mit der Nationalisierung eine vollständige Modernisierung durch Industrialisierung erreicht werden können. Aber das sollte sich als Illusion erweisen.

5. Krise der Modernisierung

Trotz der Fortschritte in der venezolanischen Gesellschaft bis in die 1970er Jahre reichten diese nicht aus, um ein dauerhaftes Wachstum einzuleiten, die Unabhängigkeit des Landes zu sichern und soziale Inklusion sowie soziale Gerechtigkeit zu garantieren, was in der paktierten Demokratie von "Punto Fijo" versprochen wurde. Das schnelle Geld förderte eine nationale Industrie, die in starkem Maße vom Staat und dem ausländischen Kapital abhing. Die Demokratie reduzierte sich auf einen Aushandlungsprozess zwischen den Partieliten, den ökonomischen Interessengruppen und den Gewerkschaften, die Probleme der Bevölkerungsmehrheit wurden nicht berücksichtigt. Die Armut blieb bestehen und verstärkte sich sogar zum Ende der Dekade, obwohl es zu zwei beträchtlichen Steigerungen des Ölpreises gekommen war, die dem Staat zusätzliche Einnahmen brachten. Die Schwächen des Industrialisierungskonzepts wurden durch die Anpassungsprozesse an die Weltwirtschaft verschärft, die im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts erfolgten und zur Ablösung der Importsubstitution durch eine neoliberale Entwicklungsstrategie führten.

Die erste Regierung Pérez (1974-1979) versuchte unter dem Eindruck der Vervierfachung der Ölpreise 1974 und des Petroleumbooms den Aufbau eines "Groß-Venezuela" (*la Gran Venezuela*) mit einem gigantischen Investitionsprogramm. Dazu brauchte sie so viele ökonomische Ressourcen, dass selbst die enormen Öleinnahmen nicht ausreichten. Es begann eine massive und unkontrollierte Verschuldung, die nach dem Anstieg der Zinsen 1982 auf den internationalen Märkten unbezahlbar wurde. Venezuela wurde zu

einem der am meisten verschuldeten Länder der Region. Im Februar 1983 sah sich die Regierung von Luis Herrera Campíns (1979-1984) gezwungen, die Landeswährung abzuwerten; bis dahin galt der Bolívar als Symbol der Stabilität der venezolanischen Ökonomie. Der Tag ist als der "schwarze Freitag" in die Geschichte des Landes eingegangen. Er bedeutete einen Umschwung und den Beginn einer Krise, die sich bis zum Ende des Jahrhunderts fortsetzen sollte.

Außerdem nahmen die Fälle von Bereicherung durch öffentliche Funktionäre und Freunde des Präsidenten Pérez in dessen zweiter Amtszeit enorm zu. Zusammen mit der Unfähigkeit der Parteien, kreative Wege aus der Krise zu finden und eine Abkehr vom neoliberalen Wirtschaftskonzept einzuleiten, führte dies zu einer Delegitimation und schließlich zum Zusammenbruch des politischen Systems in den 1990er Jahren.

Die Verbitterung der armen Bevölkerung und von Teilen der Mittelschicht angesichts des sich abzeichnenden Endes des an der Ölrente ausgerichteten Entwicklungskonzepts kam am 27. Februar 1989 und den darauffolgenden Tagen zum Ausdruck, nachdem die zweite Regierung Pérez angekündigt hatte, sie würde ein liberales Anpassungsprogramm zur Überwindung der Krise umsetzen. Dies führte zu einer schlagartigen Erhöhung der Preise im Nahverkehr, was den Protest der Bevölkerung in Caracas und anderen Städten des Landes hervorrief. Die Armen strömten von den Hügeln, wo sich die Elendsviertel um Caracas befinden, in die Stadt und plünderten Supermärkte und Einkaufszentren. Der *Caracazo* oder *Sacudón*, wie diese soziale Explosion auch genannt wird, traf auf ein politisches System, das keine angemessene Form der Reaktion fand. Die Regierung dekretierte den Ausnahmezustand und ließ Militär in die Hauptstadt einfliegen. Mindestens 400 Personen wurden erschossen.

Unbeeindruckt vom Ausmaß des Protestes und der mangelnden Handlungsfähigkeit der Regierung in dieser Situation hielt der Präsident an seinem Anpassungsprogramm fest, und Teile der Bevölkerung protestierten auf der Straße weiter dagegen. Angesichts dieser Situation begann in den 1990er Jahren der Abgang auf die "Demokratie von Punto Fijo" und ihre Akteure. Die Ernüchterung über die seit 1958 bestehende Demokratie äußerte sich in unterschiedlichster Form. Die Wahlenthaltung, die schon 1988 fast 18% erreichte, stieg bis 1993 auf nahezu 40%. Eine andere Erscheinung war die permanente Mobilisierung, die die "Politik der Straße" zu einem alltäglichen Phänomen machte und zu einem Instrument der unteren Schichten in dem sich abzeichnenden Kampf um die Macht. Den stärksten Eindruck in diesem

Zusammenhang hinterließen die militärischen Erhebungen von 1992, die die Spannungen innerhalb der Streitkräfte zeigten und damit das Ende der repräsentativen Demokratie, wie sie der *Pacto de Punto Fijo* begründet hatte.

6. Der Staatsstreich vom 4. Februar 1992

Am 4. Februar scheiterte ein Staatsstreich, der von einer Gruppe junger Militärs mittlerer und unterer Ränge des Heeres ausgeführt wurde. Auch wenn sie in den ersten Stunden die Kontrolle über einige zentrale Orte und Gegenden des Landes erzielten, etwa über die Ölregion Zulia und den Staat Carabobo, gelang es ihnen nicht, Präsident Pérez festzusetzen und die Macht auf nationaler Ebene an sich zu reißen. Oberstleutnant Hugo Chávez Frías, der Anführer der Erhebung, ergab sich gegen Mittag und bat seine Mitstreiter, ebenfalls die Waffen niederzulegen. Bei einem kurzen und folgenreichen Auftritt im Fernsehen sagte er, sie seien nur “fürs Erste” (*por ahora*) gescheitert und hätten aufgegeben, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Der Auftritt machte Chávez berühmt. Auch wenn die Venezolaner den Staatsstreich nicht unterstützten, so solidarisierten sie sich doch mit denjenigen, die das verkrustete, inkompetente und durch Korruption diskreditierte System wachgerüttelt hatten. Ein zweiter Staatsstreichversuch im November des gleichen Jahres, an dem höhere Offiziere beteiligt waren, führte zu Reaktionen bei den politischen Eliten. Sie suchten nach einem Abgang für Präsident Pérez, was nicht nur die amtierende Regierung, sondern die gesamte demokratische Ordnung in Gefahr brachte.

7. Die politische Transition der 1990er Jahre

Im März 1993 wurde Präsident Pérez abgelöst, nachdem das Oberste Gericht festgestellt hatte, es gebe Anlass, ihn wegen der Veruntreuung von Geldern aus dem Geheim- oder Reptilienfonds anzuklagen. Pérez wurde durch den Kongresspräsidenten ersetzt. Einen Monat später wählte der Kongress den angesehenen Historiker Ramón J. Velásquez zum Präsidenten, damit er die Amtsperiode beenden solle. Im Ergebnis der Wahlen vom Dezember 1993 verschwand das traditionelle Zweiparteiensystem, denn Caldera wurde zum zweiten Mal Präsident, aber mithilfe einer Wahlgruppierung, an der die von ihm gegründete Copei und die AD nicht beteiligt waren. Es schien so, als würde eine Anpassung des politischen Systems beginnen.

Allerdings war die zweite Regierung Caldera (1994-1998) nicht dazu in der Lage, die ökonomischen Schwierigkeiten zu überwinden. 1996, d.h. nach

verfehlten Reaktionen auf eine Bankenkrise, wandte Caldera sich an den Internationalen Währungsfond, um ein zweites Programm zur Anpassung und wirtschaftlichen Restrukturierung einzuleiten. Er tat dies zwar mit größerem Geschick als Pérez, dennoch standen diese Maßnahmen im Widerspruch zu seinem Wahlversprechen, eine Alternative zum neoliberalen Modell und eine Verfassungsreform zu finden. Obendrein führte das plötzliche Absinken der Ölpreise auf dem Weltmarkt 1998 zu einer Ernüchterung bei den Venezolanern und förderte die politische Radikalisierung. Der Absturz des Ölpreises hatte eine seiner Ursachen in der Öffnung des Erdölsektors für private Investoren (*apertura petrolera*), die Caldera betrieben hatte. Bei den Wahlen von 1998 erlangten Chávez – der Kommandant der Militärerhebung von 1992 – und seine im sogenannten *Polo Patriótico* zusammengeführte Allianz 56% der Wählerstimmen. Im Jahr 2000 bestätigten die Venezolaner diese Wahl mit fast 60% der Stimmen. Venezuela beendete das 20. Jahrhundert mit großen Erwartungen auf eine bessere Zukunft.

8. Die Neugründung der Republik

Die Regierungszeit von Präsident Chávez, die im Februar 1999 begann, beinhaltet eine Reihe von kontroversen Entwicklungen und Ereignissen. Chávez gewann die Wahlen, indem er einen vollständigen Bruch mit der Vergangenheit ankündigte. Als er Präsident wurde, leitete er einen Prozess ein, um die Republik neu zu begründen. 1999 setzte er die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung durch, die eine neue Verfassung verabschiedete: die Verfassung der „Bolivarischen Republik Venezuela“, die im Dezember mit einem Referendum angenommen wurde. Diese Verfassung änderte nicht nur den Namen der Republik, sondern versprach auch den Wechsel von der repräsentativen zu einer „partizipativen und protagonistischen“ Demokratie. Die repräsentative Demokratie wurde zwar beibehalten, aber die Verfassung bevorzugte Mechanismen einer direkten Demokratie auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung und bei der Ausarbeitung von Politiken. Die „Partizipation“ auf allen staatlichen Ebenen wurde zu einem Schlüsselwort für die Bürgerschaft und für diese „neue“ Demokratie.

Nach der Annahme der Verfassung, die als erster Stein zur Neugründung der Republik galt, begann die Regierung Chávez mit dem Aufbau einer neuen juristischen und institutionellen Ordnung, die mit der Konzeption von Gesellschaft und Staat kompatibel sein sollte, die das bolivarianische Projekt anstrebte. Dies führte zu Spannungen mit den Interessengruppen des alten Modells, hinzu kamen Fehler und Unstimmigkeiten der Regierung und der

sie tragenden Kräfte, d.h. die Parteien *Movimiento Quinta República* (MVR), *Patria para Todos* (PPT), PCV und andere, was zu zahlreichen Konflikten führte. Die Parteien und Organisationen, die gegen dieses Vorhaben waren, schlugen eine "aufständische" Strategie zu seinem Sturz ein, die bis zu einem gescheiterten Abwahlreferendum 2004 fortgesetzt wurde.

Damit erlebte die venezolanische Gesellschaft eine Konfrontation zwischen zwei politischen Blöcken, die sich diametral gegenüberstanden. Auf der einen Seite die "Bolivarianer", die die Regierung und den von ihr ausgehenden Wandel unterstützten. Sie bestanden aus einer Allianz von Parteien und Organisationen vor allem aus den unteren Schichten, darunter die Bolivarianischen Zirkel, Organisationen der fliegenden Händler etc., die in dem bolivarianischen Projekt die Hoffnung auf soziale Inklusion sahen. Auf der anderen Seite stand die Opposition, die sich zunächst unter dem Dach der *Coordinadora Democrática* (CD) zusammengefunden hatte. Dazu gehörten der Unternehmerverband *Fedecámaras*, die in der CTV organisierten Gewerkschaften, die Eigner der privaten Medien, führende Mitarbeiter der staatlichen Ölfirma *Petróleos de Venezuela* (PDVSA), Nachbarschaftsorganisationen und Gruppierungen aus der Mittelschicht sowie die Oppositionsparteien AD, Copei, *Proyecto Venezuela* und *Primero Justicia*. Diese Gruppen suchten ihre Interessen zu wahren und das Entwicklungsmodell fortzusetzen, das sie unter den letzten Regierungen von Pérez und Caldera verfolgt hatten. Die Hierarchie der katholischen Kirche schloss sich diesem Block an. Die CD erhielt obendrein die Unterstützung der USA und mit ihr verbündeter Regierungen sowie verschiedener internationaler Organisationen.

Die "aufständische" Phase eskalierte mit der Verabschiedung des sogenannten Ermächtigungsgesetzes durch die Regierung, das 49 Gesetzesvorhaben umfasste, die von zentraler Bedeutung für das chavistische Projekt waren. Dadurch sollten die wichtigsten Gesetze und Herrschaftsbeziehungen in der Gesellschaft verändert werden, wie sie im Ölgesetz, dem Gesetz zum Landbesitz und zur agrarischen Entwicklung sowie dem Fischereigesetz zum Ausdruck kamen. Allerdings war das Vorgehen der Regierung bei der Verabschiedung ungeschickt und stand im Widerspruch zu der Aussage, dass alle Entscheidungen einen partizipativen Charakter haben sollten. Die Opposition forderte eine Revision und Veränderungen, was die Regierung verweigerte. Ende 2001 gelang es der Opposition, sich zu vereinigen und den Protest in immer massiverer Form vorzutragen. Die Regierung reagierte mit der Androhung von autoritären Maßnahmen. Anfang 2002 kam es zum Ab-

bruch des Dialogs zwischen beiden Blöcken. Damit stieg die Wahrscheinlichkeit eines gewaltsamen Ausgangs.

In diesem Zusammenhang erfolgten drei wichtige Ereignisse: der Staatsstreik vom 11. April 2002, der Streik im Ölsektor, der im Dezember 2002 begann und bis Anfang Februar 2003 anhielt, sowie die Diskussion um ein Referendum zur Abberufung des Präsidenten. Das gewalttätigste Ereignis in diesem Zusammenhang war der *guarimbazo*. Es handelte sich um eine Form des Straßenprotestes, die auf den karibischen Begriff *guarimba* zurückgeht – damit ist das Haus bzw. ein sicherer Ort gemeint. Der *guarimbazo* dehnte sich in Form von Barrikaden, Straßenfeuern, Blockaden und Schießereien auf das ganze Land aus. Besonders ausgeprägt war er in den Wohnvierteln der mittleren und oberen Schichten, die die wichtigsten Gruppen der Opposition stellten. Aus all diesen Ereignissen ging die Regierung dank der sie unterstützenden Gruppen klar als Sieger hervor.

Präsident Chávez überwand den Staatsstreik mithilfe einer Kombination von massiver Mobilisierung und eines militärischen Gegenputsches. Die stärksten finanziellen Auswirkungen hatte anschließend der mehrmonatige Streik im Ölsektor. Es gelang dem Staat, die von ihrer Leitung paralyisierte Ölindustrie wieder zurückzugewinnen, wozu auch die Streitkräfte eingesetzt wurden. Teile der Bevölkerung verteidigten die Öleinrichtungen, sie wurden dabei vom Militär sowie von Teilen der Angestellten und Pensionäre der PDVSA unterstützt. Schließlich gewann der Präsident das Referendum mit rund 60% der Stimmen. Die Dachorganisation der Opposition, die CD, splitterte sich immer mehr auf und verschwand *de facto*. Ab August 2004 stellte die Opposition die „aufständische Strategie“ ein.

9. Das bolivarianische Projekt – ein anti-hegemoniales Modell?

Nachdem die Kontrolle über die PDVSA hergestellt und die zur Streikbewegung gehörenden Führungskräfte entlassen waren, verfügte die Regierung über mehr Mittel, um das bolivarianische Projekt kontinuierlich fortsetzen zu können. Dieses Vorhaben findet sich neben der Verfassung von 1999 in anderen offiziellen Dokumenten, besonders aber in den „Leitlinien der ökonomischen und sozialen Entwicklung der Nation 2001-2007“ sowie verschiedenen Gesetzen. Es liegen weitere Absichtserklärungen vor, die viele Beobachter dazu veranlassen, von einem anti-hegemonialen Projekt auszugehen. Dazu gehören:

- Eine zentrale Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik. Sie wurde bereits in der Verfassung von 1961 angedeutet, die Verfassung von 1999 hat dies bekräftigt.
- Eine umfassende Definition der sozialen Rechte, im Unterschied zu den partiellen Ansätzen bei den vorherigen Anpassungsprogrammen.
- Die Förderung von Formen sozialen Eigentums.
- Eine Reform mit Blick auf einen höheren staatlichen Anteil im Ölsektor.
- Eine partizipative Demokratie, die die demokratischen Beziehungen auf alle Bereiche des politischen, sozialen und ökonomischen Lebens ausdehnt.
- Eine Ausweitung der indigenen und ökologischen Rechte.

Ein solches Vorgehen entspricht nicht den von den internationalen Finanzorganisationen entwickelten Vorstellungen für die peripheren Länder. Mit den USA erwuchs der neuen Regierung obendrein ein starker Gegner.

10. Zehn Jahre Präsident Hugo Chávez

Schon jetzt können wir einen klaren Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Amtsperiode des Präsidenten feststellen. In den ersten fünf Jahren kamen Hoffnungen auf eine partizipative Demokratie auf, in der zweiten Phase wurden die Konturen eines personalistischen Projektes des Präsidenten und seiner unmittelbaren Umgebung immer deutlicher. Der Wunsch der Bevölkerung nach mehr Partizipation wurde durch ein "sozialistisches Projekt" ersetzt, dessen Leitlinien nach und nach in der Sendung "Aló Presidente" durchsickern. Begünstigt wird das "sozialistische" Projekt durch die Tatsache, dass der Ölpreis auf den internationalen Märkten teilweise enorm hoch war bzw. ist. Da die transnationalen Ölfirmen paradoxerweise in dieser Frage die gleichen Interessen haben wie die Venezolaner, wird der Ölpreis mit Sicherheit wieder ansteigen.

Die Verfassung von 1999 kann trotz einiger Widersprüche zu den positiven Resultaten der Regierung gezählt werden. In der zweiten Amtszeit wurde allerdings das Prinzip des demokratischen Regierungswechsels, das bereits in den Verfassungen von 1947 und 1961 festgeschrieben war, mit dem Argument einer "Erweiterung der politischen Rechte" aufgeweicht. Die historischen Erfahrungen sprechen ebenso gegen eine uneingeschränkte Wiederwahl wie das partizipative Prinzip. Bestandteil der Partizipation sind nun einmal Verjüngung und personelle Wechsel. In der ersten Amtszeit entstanden neuartige Sozialpolitiken wie die "Mission Robinson" oder "Barrio

Adentro”, in der zweiten Amtsperiode wurden die Grundlagen eines vermeintlichen Sozialismus gelegt. An die Stelle partizipativer Innovationen treten etwa die Kommunalräte, die Teil der Partei, der Regierung und des Staates sind.

In ökonomischer Hinsicht haben weder die erste noch die zweite Regierung ein nachhaltiges Wirtschaftskonzept hervorgebracht. Die sogenannten “endogenen Kerne” sind bis heute ohne staatliche Hilfe nicht lebensfähig. Darüber hinaus konsumieren und importieren die Venezolaner mehr als jemals zuvor in ihrer Geschichte.

Aus diesen Feststellungen ergibt sich meines Erachtens, dass eine längere Amtsausübung mit umfangreichen Finanzmitteln und derart großer Macht nicht gut für Venezuela sind. Problematisch ist vor allem die Aufgabe des Prinzips eines Ämterwechsels. Am Ende des 20. Jahrhunderts bestand mit der partizipativen Demokratie ein Projekt, das von vielen Venezolanern unterstützt wurde; anders sieht dies mit einer schlechten Regierungsführung aus, die sich als “Sozialismus des 21. Jahrhunderts” ausgibt.

Übersetzung aus dem Spanischen: Nikolaus Werz

Literaturverzeichnis

- Acosta Saignes, Miguel (1967): *Vida de los esclavos negros en Venezuela*. Caracas.
- Betancourt, Rómulo (1967): *Venezuela. Política y petróleo*. Caracas.
- Carrera Damas, Germán (1980): *Una nación llamada Venezuela*. Caracas.
- (2006): *Venezuela. Proyecto nacional y poder social*. Merida.
- Comité Ideológico de Ruptura (1977-1979): *El Imperialismo petrolero y la revolución venezolana*. 3 Bde. Caracas.
- Coronil, Fernando (1997): *The Magical State*. Chicago.
- Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (Hrsg.) (2003): *La política venezolana en la era de Chávez*. Caracas.
- Equipo Sociohistórico del Cendes (1981): *Formación histórico-social de Venezuela*. Caracas.
- (1982): *Análisis histórico de la ocupación del territorio en Venezuela*. Caracas.
- Ewell, Judith (1984): *Venezuela. A Century of Change*. Stanford.
- Fundación Polar (1998): *Diccionario de Historia de Venezuela*. Caracas.
- Jurado Toro, Bernardo (1992): *Cristóbal Colón y Venezuela. Mariuro, primer lugar de tierra firme*. Caracas.
- Keyse Rudolph, Donna/Rudolph, Gerald A. (1996): *Historical Dictionary of Venezuela*. Lanham/London.
- Lander, Luis E. (Hrsg.) (2003): *Poder y petróleo en Venezuela*. Caracas.

- Lombardi, John (1982): *Venezuela. The Search for Order. The Dream of Progress*. New York.
- López Maya, Margarita (1998): “La Venezuela Actual”. In: *La Gran Enciclopedia de Venezuela*. Bd. 4. Caracas, S. 285-325.
- (1999): “Venezuela: Formas de la protesta popular entre 1989 y 1994”. In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 4, S. 11-42.
- López Maya, Margarita et al. (1989): *De Punto Fijo al Pacto Social. Desarrollo y hegemonía en Venezuela*. Caracas.
- López Maya, Margarita/Lander, Luis E. (1999): “Triunfos en tiempos de transición. Actores de vocación popular en las elecciones venezolanas de 1998”. In: *Cuestiones Políticas*, 22, S. 107-132.
- (2000): “Ajuste, costos sociales y la agenda de los pobres en Venezuela: 1984-1998”. In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 6, 3, S. 185-206.
- (2001): “Elecciones de 2000 en Venezuela. Implantación de una nueva hegemonía”. In: *Anuario Social y Político de América Latina y el Caribe*, 4, S. 9-17.
- (2002): “Venezuela, golpe y petróleo”. In: *Observatorio Social de América Latina*, 7 (<www.bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/osal/lander.doc>; 19.09.2010).
- Mommer, Bernard (1988): *La cuestión petrolera*. Caracas.
- Pino Iturrieta, Elías (2007): *Nada sino un hombre. Los orígenes del personalismo en Venezuela*. Caracas.
- Purroy, Ignacio (1982): *Estado e industrialización en Venezuela*. Valencia.
- Rangel, Domingo Alberto (1975): *Gómez, el amo del poder*. Valencia.
- Ríos, Josefina/Carvallo, Gastón (1979): *Agricultura y sociedad. Tres ensayos históricos*. Caracas.
- Sunkel, Oswaldo/Paz, Pedro (1970): *El subdesarrollo latinoamericano y la teoría del desarrollo*. Santiago de Chile.
- Tarver Denova, Micheal/Fredrick, Julia C. (2005): *The History of Venezuela*. Westport.
- Velásquez, Ramón J. (1979): *Venezuela moderna: medio siglo de historia 1926-1976*. Caracas.
- (1980): *Confidencias imaginarias de Juan Vicente Gómez*. Caracas.
- Zeuske, Michael (2008): *Von Bolívar zu Chávez. Die Geschichte Venezuelas*. Zürich.